

30. September 1971: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, V. M. Čebrikov, an das ZK der KPdSU über die Situation in der Parteiführung von CDU/CSU*

Streng geheim

Im Zusammenhang mit dem am 4. Oktober d. J. bevorstehenden Parteitag der westdeutschen Christlich Demokratischen Union werden einige Informationen über die Lage in der Parteiführung von CDU/CSU übermittelt.

In den zwei Jahren, die seit dem Machtverlust vergangenen sind, ist es den Christdemokraten keineswegs gelungen, sich wirklich in die für sie ungewohnte Rolle als Oppositionspartei einzufinden. Darüber hinaus durchlebt die Partei, v. a. die CDU, schon seit längerer Zeit eine Führungskrise. Die CDU verfügt über keine Persönlichkeit, die die Autorität der gesamten Partei genießt. Der derzeitige CDU-Vorsitzende Kiesinger hat keinen Einfluss auf die Parteiführung, auch wenn er Popularität in der Bevölkerung der BRD genießt. Beim bevorstehenden Parteitag soll ein neuer Parteivorsitzender gewählt werden. Auf diese Funktion haben der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Barzel, und der stellvertretende Parteivorsitzende, Kohl, ihren Anspruch angemeldet. In Bezug auf die für den Wahlkampf vorzunehmende Ernennung des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten gibt es ein Duell zwischen Barzel und Schröder.

Der innerparteiliche Machtkampf in der CDU hat auf die CDU/CSU in ihrer Gesamtheit einen negativen Einfluss, was im Besonderen für die Beziehungen der CDU mit ihrem bayerischen Ableger, der Christlich Sozialen Union (CSU), gilt. Der CSU-Vorsitzende Strauß äußert seine Unzufriedenheit darüber, dass die Kanzlerkandidaten stets von der CDU gestellt werden, und zweifelt die Rechtmäßigkeit dieser Tradition an.

Keine Einigkeit herrscht innerhalb der CDU/CSU auch in Bezug auf die Arbeit der Regierung. In den zwei Jahren in Opposition haben die Christdemokraten keine klare Alternative zur Außen- wie zur Innenpolitik der Regierungskoalition formulieren können. Unter anderem fehlt ihnen auch eine klare Vorstellung davon, welche Position sie im Falle ihrer Rückkehr auf die Regierungsbank gegenüber den Verträgen der BRD mit der Sowjetunion und Polen einnehmen sollten. Die Unterzeichnung des Abkommens zu Westberlin hat sie auf dem falschen Fuß erwischt. Führende Politiker der CDU/CSU vertreten auch bezüglich der Ergebnisse von Brandts Reise auf die Krim unterschiedliche Positionen.

Die kritischste Haltung in Bezug auf die Außenpolitik der Regierung nimmt Strauß ein. Seiner Meinung nach führe die generelle Konzeption der Regierung Brandt v. a. auf dem Gebiet der „Ostpolitik“ zu einer Verfestigung der Teilung Deutschlands und zu einer „völkerrechtlichen Fixierung der Einflussphäre“ der Sowjetunion in Europa. Er spricht sich gegen die Ratifizierung der Verträge der BRD mit der UdSSR und mit der Volksrepublik Polen aus, lehnt das Abkommen zu Westberlin ab (das man, seinen Worten zufolge, „wie einen Gummi dehnen“ könne) und übt Kritik an der Reise Brandts auf die Krim, indem er behauptet, dass Brandt „mit leeren Taschen“ zurückgekehrt sei und sich die Sowjetunion als Gewinner herausgestellt habe.

Die unversöhnliche Haltung von Strauß zu den genannten Themen kann nicht nur durch seinen Wunsch erklärt werden, die Regierungskoalition zu kompromittieren, sondern auch durch persönliche Motive. Den vorliegenden Angaben zufolge sei er darüber gekränkt, dass ihn die sowjetische Seite als Politiker ignoriere. In privaten Gesprächen habe Strauß mehrfach den Wunsch geäußert, die Sowjetunion zu besuchen, wenn schon nicht auf Einladung, so wenigstens als Tourist – er möchte nur in Moskau auf hoher Ebene empfangen werden.

* RGANI, F. 5, op. 63, d. 622, S. 222–225. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 30. September 1971, Nr. 2472-č, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 33922, 1. Oktober 1971, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ Stempel: „Informationsmaterial, in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU zur Kenntnis genommen, Sektorenleiter V. Ežov [Unterschrift], 25s/7.“ Hs.: „10. Oktober 1971, [Unterschrift unleserlich].“

Gemäßigtere Vertreter aus den Reihen der Parteiführung von CDU/CSU, im Besonderen der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Schröder, gehen in der Regel von der realen Situation aus. Einigen Angaben zufolge könnten rund 30 CDU-Bundestagsabgeordnete für die Ratifizierung des Vertrages zwischen der BRD und der Sowjetunion stimmen, sollten die Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR positiv abgeschlossen werden. Ihrer Meinung nach erweise sich das Abkommen über Westberlin auch als zufriedenstellend. Sie vertreten die Ansicht, dass es ein Fehler wäre, dieses Abkommen in den Schmutz zu ziehen und dadurch in einen Konflikt mit den Westmächten zu geraten. Der gemäßigte Flügel der CDU/CSU befürchtet, dass die ungezähmte Kritik an den außenpolitischen Schritten der Regierung fatale Folgen für das Ansehen der Partei haben werde, diese in eine Sackgasse führen und zu ihrer außenpolitischen Isolierung beitragen würde.

Ein Teil der Opposition ist auch der Meinung, dass sich der Abschluss der ersten Phase der Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion als günstig für die Christdemokraten erweisen werde, weil dieser Umstand die Partei davor bewahren würde, sich im Fall einer Rückkehr an die Macht selbst um die Lösung der komplexen Problemfelder kümmern zu müssen.

Barzel nimmt zwischen den gemäßigten und den weit rechtsstehenden Vertretern von CDU/CSU eine Position der Mitte ein. Obwohl er aktiv gegen die Verträge der BRD mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen auftrat, ist er derzeit darum bemüht, sich an die eingetretene Lage anzupassen und betont, dass gerade die Bestrebungen und die Beharrlichkeit der Opposition die Regierung von „übermäßigen Zugeständnissen“ in den Verhandlungen mit den sozialistischen Ländern abhalten würden und man dank der Opposition in das Abkommen über Westberlin Artikel aufgenommen habe, welche die Interessen der BRD berücksichtigen würden. Im Umgang mit den regierenden Parteien ist er gezwungen, zu lavieren.

Zugleich spricht sich Barzel bei jeder Gelegenheit gegen die „Ostpolitik“ der Regierung aus. Seiner Meinung nach würde diese das Gleichgewicht der Kräfte in Europa verändern und zu einer Stärkung sowjetischen Positionen in Europa beitragen. In seiner unlängst bei der Sitzung des „Mittelstandsvereinigung“ der CDU gehaltenen Rede sprach Barzel von der „Aggressivität der sowjetischen Außenpolitik“ und von „hegemonistischen Bestrebungen“ der Sowjetunion.

Dank einer solchen Haltung kann Barzel sowohl auf die Unterstützung des gemäßigten Flügels als auch der weit rechtsstehenden Strömungen zählen. Er erhebt offen den Anspruch darauf, dass er beim nächsten Parteitag zum Parteivorsitzenden und zum Kanzlerkandidaten von CDU/CSU gewählt werde. Der vorherrschenden Meinung der Mitglieder der Bundestagsfraktion von CDU und CSU zufolge, habe Barzel im Vergleich mit den anderen Bewerbern (Schröder und Kohl) bessere Chancen, beide Posten zu erhalten. In letzter Zeit tendiert auch Strauß zu einer Unterstützung Barzels.

Den vorliegenden Angaben zufolge würden die Führungen der SPD und FDP unter Berücksichtigung der Besonderheit von Barzels Position dessen Wahl zum CDU-Vorsitzenden und auch dessen Ernennung zum CDU/CSU-Kanzlerkandidaten für sich als vorteilhaft erachten. Ihrer Meinung nach erfreue sich Barzel trotz seiner einflussreichen Position innerhalb der Partei in der Bevölkerung der BRD keiner großen Beliebtheit, weshalb er für Brandt keinen gefährlichen Gegner abgeben werde.

Gemäß den erhaltenen Informationen unterstützen den oftmals in den USA weilenden Barzel auch die Amerikaner. Zudem ist man in den Führungskreisen der SPD der Meinung, dass man im Falle einer Wahl Kohls zum CDU-Vorsitzenden und der Ernennung Schröders zum Kanzlerkandidaten mit etwas abgeschwächten Angriffen der CDU auf die „Ostpolitik“ Brandts rechnen könne.

Die Führung von CDU/CSU vertritt die Meinung, dass der bevorstehende CDU-Parteitag den Streitigkeiten um die Parteiführung ein Ende setzen, die Lage innerhalb von CDU/CSU konsolidieren und erlauben werde, den Kampf um den Erhalt der absoluten Stimmenmehrheit bei den Bundestagswahlen im Jahre 1973 zu beginnen.

Die führenden CDU/CSU-Politiker haben die Absicht, die Schwierigkeiten der Regierung bei der Lösung der binnenwirtschaftlichen und sozialen Probleme im Wahlkampf auszunutzen. Sie hof-

fen, einen bedeutenden Wähleranteil in Angst vor der SPD zu versetzen, indem sie behaupten, dass der innenpolitische Kurs der Sozialdemokraten letztendlich zu einer „Sozialisierung“ und „Nivellierung“ in Westdeutschland führen werde.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Čebrikov¹

¹ Hs. unterzeichnet.